Schwangerschaftsabbruch

Autor(en): **Hässig, Jacqueline**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **8 (1982)**

Heft 10

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-359847

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Schwangerschaftsabbruch:

Wer will eigentlich diese Initiative lancieren?

Eine Fristenlösung mit Übernahme der Kosten durch die Krankenkassen ist seit der vorletzten Sitzung der Koordination begraben. Für die OFRA ist damit die Entscheidung gefallen: eine solche Initiative können wir nicht mitlancieren. Die Delegiertenversammlung der OFRA-Schweiz hat am 25. September nein gesagt zu einer Fristenlösung ohne Bezahlung durch die Kassen.

Trotzdem ist es für uns natürlich nicht unwichtig, wie die – mittlerweile auf ein Parteiengeplänkel reduzierte – Debatte über eine Initiative zum Schwangerschaftsabbruch weitergeht. Übriggeblieben sind ja in der Koordination weitgehend politische Parteien, nämlich die SP, FdP, PdA, SVP, der LDU, der Schweizerische Gewerkschaftsbund und der SVSS, dessen Präsidentin übrigens auch eine SP-Frau ist. Die Stellung der einzelnen Organisationen, die sich mit einer Fristenlösung ohne Bezahlung durch die Krankenkassen einverstanden erklären konnten, sieht folgendermassen aus:

- SVSS: wird eine reine Fristenlösungsinitiative mitlancieren.
- SGB: hat an sich auch zugesagt, wird aber vielleicht nochmals auf seinen Entscheid zurückkommen, vor allem weil sich die Gewerkschaftsfrauen an ihrem Kongress für eine Fristenlösung mit Bezahlung ausgesprochen haben.
- FdP: hat kein Interesse mehr, höchstens Frauen aus einzelnen Sektionen.
- SVP: sowohl die Frauen wie auch die Jungen haben kein Interesse mehr.
- LdU: dasselbe
- PdA: hat zugesagt
- PSA Tessin: ebenfalls
- SP: hat an ihrem Parteitag dem Parteivorstand die Kompetenz erteilt, über eine Mitlancierung zu entscheiden. (Normalerweise wird das Lancieren einer Initiative vom Parteitag entschieden). Es ist möglich, dass die SP nochmals einen Antrag stellt, damit die Frage der Bezahlung durch die Krankenkassen nochmals geprüft wird.

Und hier die Stellungsnahmen der Organisationen, die die Koordinationssitzung aus Protest verlassen haben, als die Bezahlung durch die Kassen abgelehnt wurde:

- SGRA: unterstützt keine Fristenlösung
- Radikalfeministinnen: ebenso
- Infra: ebenso
- OFRA: Fristenlösung mit Bezahlung durch die Krankenkassen ist bereits ein Kompromiss, weiter gehen wir nicht.
- JUSO: Fristenlösung mit Krankenkasse, würden aber auch eine blanke Fristenlösung unterstützen.
- SGSG: muss nochmals diskutiert werden.
- SAP: Fristenlösung mit Krankenkasse, überlegt sich aber bereits, ob sie nicht auch blanke Fristenlösung unterstützen will.
- POCH: Entscheid, welche Initiative in Sachen Schwangerschaftsabbruch soll von der Frauenbewegung ausgehen. Es ist noch kein Beschluss gefasst worden.

Obwohl der Terminplan für die Lancierung einer Fristenlösungsinitiative bereits sehr genau feststeht, am Abstimmungswochenende vom 27. Februar soll bereits gesammelt werden, ist also doch noch sehr viel unklar. Aus Termingründen erscheint diese EMANZIPATION vor unserem Kongress. Die Frage des Schwangerschaftsabbruchs wird dort sicher noch zu reden geben, über den Inhalt dieser Diskussion müssen wir unsere Leserinnen und Leser auf die Tagespresse verweisen. Nüt für unguet!

die Redaktion

Zum Thema Schwangerschaftsabbruch hier die Meinung einer OFRA-Frau aus Basel. Der Artikel ist von der Redaktion gekürzt.

Was soll die OFRA in dieser Situation tun?

Die OFRA muss diese Initiative unterstützen. Es ist nicht möglich, einer breiten Öffentlichkeit (insbesondere den Frauen, die unter den jetztigen, rückschrittlichen Gesetzgebung leiden) zu erklären, dass wir zwar für das Recht auf Abtreibung sind und dafür kämpfen, diese Initiative jedoch nicht unterstützen, weil sie zu minimalistisch ist und weil sie die Frage der Bezahlung durch die KK nicht einschliesst. Wir würden uns isolieren, ins Abseits drängen lassen und unser Gewicht, das wir haben, nicht ausnützen. Ich glaube auch, dass es für den Aufbau verschiedener OFRA-Sektionen (Luzern, Baden, Biel, etc) wichtig sein wird, dass sie auf diesem Thema auftreten können und somit auch aufbauen können. Je nach Situation in den verschiedenen Städten wird es vielleicht auch möglich sein, mit Gewerkschafterinnen einheitliche Aktionen, Veranstaltungen, Diskussionen etc. zu organisieren. Solche Gelegenheiten können dazu dienen, einer breiteren Schicht von Frauen aufzuzeigen, was die OFRA ist und was sie will. Um zu zeigen, wie wichtig es ist, eine autonome Frauenbewegung zu haben, die sich für die Rechte der Frauen einsetzt.

Die Unterstützung der Fristenlösungsinitiative soll uns nicht daran hindern, zu erklären, warum wir nicht im Initiativkomitee sind.

Es ist unser Aufgabe, eine klare, offensive Kampagne zu machen und aufzuzeigen, dass die Frage der KK nicht eine "Nebenfrage" ist, wie die bürgerlichen Frauen und die SP sie hinzustellen versuchen, sondern, dass es eine zentrale Frage ist, ob der Schwangerschaftsabbruch eine Frage der "Finanzen" bleiben soll. Und das Errungenschaften verteidigt werden müssen (die Bezahlung ist erst seit dem März 82 im KUVG garantiert).

Jacqueline Hässig